

23. März 2012

Nahverkehr auf dem Abstellgleis?

BUND: Zugstreichungen undenkbar- Nachhaltige Mobilität als leere Worthülse

Eine nachhaltige, klimaschonende Mobilität ist im Land unmöglich, wenn bis zu zwölf Prozent aller regionalen Zugverbindungen gestrichen werden sollen, befürchtet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg.

Stuttgart. „Das wäre eine Katastrophe für die grün-rote Landesregierung“, kommentiert die BUND-Landesvorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender die heute bekannt gewordenen Pläne, aus finanziellen Gründen möglicherweise bis zu zwölf Prozent aller regionalen Zugverbindungen zu streichen. Der Schienenverkehr ist das Rückgrat einer klimaschonenden Verkehrspolitik in Baden-Württemberg. Hier die Axt anzulegen hieße, sich von den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen einer nachhaltigen Mobilität zu verabschieden, noch bevor die Umsetzung überhaupt begonnen habe. „Der Nahverkehr auf der Schiene war einmal eine Erfolgsstory in Baden-Württemberg und geprägt von einer Aufbruchsstimmung. Seit 1994 stieg die Zahl der beförderten Personen um mehr als 30%, auf manchen Strecken sogar um mehr als 300%“, so Dahlbender. „Es wäre ein Armutszeugnis und Offenbarungseid ausgerechnet einer grün-roten Landesregierung, wenn Fahrpläne ausgedünnt und Strecken stillgelegt werden müssten.“ Die Landesregierung müsse nun Farbe bekennen und wirkliche Prioritäten – auch finanziell – für den Schienenverkehr in den Regionen setzen. Zum Nulltarif sei eine neue Verkehrspolitik nicht zu haben.

Jetzt zeige sich auch das hässliche Gesicht von Stuttgart 21. „Wir haben immer wieder auf die drohende Kannibalisierung des regionalen Schienenverkehrs durch das Prestigeprojekt hingewiesen. Stets wurde dies von den Verantwortlichen abgestritten und geleugnet. Wenige Monate nach dem Volksentscheid stehen wir nun kurz vor einem Scherbenhaufen im Schienennahverkehr“, erläutert Dahlbender. „Jetzt muss die Landesregierung energisch umsteuern! Vor allen Dingen die SPD fordere ich auf, zu ihrem Wort zu stehen, dass der Regionalverkehr nicht unter Stuttgart 21 leiden wird. Die knappen Regionalisierungsmittel dürfen nicht für Stuttgart 21 zweckentfremdet werden.“

Die Pressemitteilung umfasst 2.187 Zeichen (mit Leerzeichen).

Für Rückfragen:

- Dr. Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende, Tel. 0171-9341336
brigitte.dahlbender@bund.net
- Klaus-Peter Gussfeld, Verkehrsreferent, Tel. 0711-6203060
klaus-peter.gussfeld@bund.net